

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 30, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schenditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Feitzelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Belegten nach Überlieferung.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Stimmen für die Feriengewährung. Rundschau. Soziale Monatsschau. Die Reform der Volksversicherung durch die Volksfürsorge, I. Arbeiterferien. — **Allgemeines:** Rückblicke auf die Verbände des graphischen Gewerbes 1912. Ferien für Arbeiter. Zur Generalversammlung XII. Gauting in Hannover. Brief aus Petersburg. Ortsberichte: Niedersieditz. — **Der Lithograph:** Ein verfehltes Unternehmen. — **Die photomech. Fächer:** Über die Urlaubsverhältnisse der Chemigrphen und Kupferdrucker, I. — **Feuilleton:** Vom Bücherlich. — **Anzeigen.**

**Beilage:** Anträge zur Generalversammlung. — **Feuilleton:** Gebote der Gesundheit. Vom Bücherlich.

## Bekanntmachungen.

**Tarifgemeinschaft der Chemigrphen und Kupferdrucker, Kreis III.**

Arbeitsnachweis München: Verwalter Alois Mayer, München, Pilgerheimerstr. 9, III I.  
Berlin, 1. Juli 1913.

## Stimmen für die Feriengewährung.

Die heiße Jahreszeit ist für alle, die es sich leisten können, die Zeit der Ferien. Wer es irgend ermöglichen kann, wandert aus dem hastenden Getriebe der Stadt aufs Land hinaus, um in würziger Waldluft, am Strande des Meeres oder in den Tälern und auf den Höhen des Gebirges seine Nerven zu stärken, seine Lunge zu kräftigen, Körper und Geist zu erholen und alle physischen und geistigen Kräfte zu erneuern. Und frisch, ausgeruht und arbeitssehrig kehrt er nach dieser Zeit des behäuflichen Sichselbstgehörens an die Stille seines Wirkens zurück, die er müde, abgesspannt und arbeitsunlustig oder gar fast arbeitsunfähig verlassen hatte. Eine Zeit des Ausspannens ist für jeden, der das ganze Jahr hindurch körperlich oder geistig angestrengt arbeitet, eine unabwiesbare Notwendigkeit!

Das wurde unlängst auch von einem *Unternehmerblatt* zum Ausdruck gebracht, das darüber folgendes schrieb:

»Arbeit bedeutet, das weiß jeder, den Konsum von Lebenskraft. Dieser darf nicht größer sein als der Zuwachs, sonst geht es schnell abwärts. Wenn wir für einige Zeit unsere gewohnte Tätigkeit unterbrechen, uns einen Luftwechsel gönnen, dann hört der Konsum unserer Kräfte auf, während die Zufuhr eine reichlichere wird. Körper und Geist ruhen aus, die Nerven werden gestählt. Wir legen in dieser Zeit in unserer Arbeitskraft ein Kapital an, das uns mehr Zinsen bringt, als wenn wir die erwachsene Ferienausgabe kapitalisieren wollen. Darum scheue sich keiner der Unterbrechung der Arbeit. Wer in die Ferien geht, der geht in gewissem Sinne zur Sparkasse, zur Bank, um Geld auf die Seite zu legen.«

Aber leider ist die Zahl derer, die dieser Notwendigkeit, dieser Pflicht gegen sich selbst und gegen ihre Angehörigen gerecht werden können, noch sehr gering. Wer die Ruhe und

Erholung gerade am meisten braucht und das größte Anrecht darauf hätte, hat die Möglichkeit des Ansammelns neuer Kräfte durch einige Tage oder Wochen des Ausspannens nicht. Gerade der Arbeiter, der anderen die Zeit der Ruhe und Erholung durch seine Mehrwerterschinderei im Dienste des Kapitalismus erst möglich macht, ist in der Regel jahraus jahrein ins Joch gespannt, an die dumpe Fabrik geschmiedet, wenn er nicht Hunger leiden will. Er hätte einige Tage oder Wochen, die ganz und gar ihm gehören, am nötigsten! Aber gerade ihm gewährt man sie nicht.

Von einsichtigen Männern, die ernsthaft über das Ferienproblem nachgedacht haben, wird die Notwendigkeit einer Ferienzeit gerade für die Arbeiter auch unumwunden anerkannt. Vor allen Dingen sind es einige weitblickende Ärzte, die nicht nur am einzelnen Menschen herumkurieren, sondern die darüber hinaus auf die Hebung und Stärkung der Gesundheit und Kraft des ganzen Volkes bedacht sind. So schreibt z. B. Dr. med. Schönenberger im ersten Bande seines Buches »Lebenskunst — Heilkunst« folgendes:

»Höchst wichtig ist das zeitweise völlige Aufgeben der bisherigen Tätigkeit, wie es die Ferien und der Urlaub mit sich bringen. Schon das Gefühl einmal ganz sein freier Herr zu sein, alle Tagessorgen vergessen zu können, ist von wunderbar erfrischender Wirkung. Ein regelmäßiger jährlicher Erholungsurlaub ist für den Arbeiter und den Angestellten so nötig wie für den Chef; der Industriearbeiter braucht ihn so gut wie der Betriebsleiter; und doppelt erforderlich ist er dem Arbeiter in der Fabrik, dessen Nerven durch die Einformigkeit der Beschäftigung, durch das eintönige Surren oder den ohrenbetäubenden Lärm der Maschinen überreizt werden.«

Und ein anderer praktischer Arzt, Dr. Friedrich Keller, sagt in seiner Schrift, die sich besonders mit den Erkrankungen des Nervensystems beschäftigt:

»Die großen sozialen Versicherungsgesellschaften geben jährlich Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose aus. Würden sie Arbeiterferien und Arbeiterbeurlaubung ermöglichen, so würden sie nicht nur vorbeugend gegen Nervenleiden, sondern auch gegen die Tuberkulose wirken; denn die Kräftigung des Körpers und seiner Organe wappnet den unter ungünstigen Verhältnissen lebenden Menschen nicht nur gegen Nerven-, sondern auch gegen Lungenerkrankungen und andere Gesundheitsstörungen.«

Ähnliche Stimmen aus Ärztekreisen liegen noch in beträchtlicher Zahl vor. Es sei aber nur noch folgende dritte Meinungsäußerung zur Ferienfrage herausgehoben, die Dr. med. Alfons Fischer kürzlich in der »Deutschen Industriebeamtenzeitung« veröffentlicht hat:

»Man sollte nicht abwarten, bis eine Krankheit sich zeigt. Es weiß nachgerade jeder, daß die Krankheitsverhütung mehr wert ist als die Heilung. Der größte Teil der Erwerbstätigen ist heutzutage einer Summe von Gesundheitsschädigungen durch seinen Beruf

ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für solche Personen, die mit giftigen Stoffen in Berührung kommen und die angreifenden Gasen oder widerlichen Gerüchen ausgesetzt sind; es trifft aber auch für alle diejenigen zu, die viel Staub, sei es Akten- oder Werkstättenstaub, einatmen müssen, die zu wenig Zeit für eine tägliche Erholung in frischer Luft oder für sportliche und der Gesundheit dienende Beschäftigung finden. Bei diesen nach Millionen von Personen zählenden Bevölkerungsschichten darf man, wenn man auf das Wohl des einzelnen wie des Volksganzen bedacht sein will, nicht erst die Zeit herankommen lassen, wo eine Erkrankung in die Erscheinung tritt: hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Und das wirksamste Mittel für eine Prophylaxe in dieser Richtung ist ein alljährlicher Erholungsurlaub. . . . Bemerket sei jedoch, daß Ferien von nur zwei bis drei Tagen so gut wie ganz zwecklos, ja bisweilen sogar schädlich sind. Was soll ein Angestellter oder Arbeiter mit einer so kurzen Zeit beginnen? Ein Erholungsurlaub, der in Wahrheit Nutzen stiften soll, muß wenigstens eine Woche lang währen; nur dann wird der beabsichtigte Zweck, die körperliche und seelische Auffrischung, erreicht werden.«

Und mit den weitblickenden Ärzten treten eine ganze Reihe von Sozialpolitikern für die Einführung von Arbeiterferien ein. Der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine ließ sich auf seiner Königsberger Tagung auch einen Vortrag über »Arbeiterurlaub« halten, wobei der Vortragende auf Grund einer Umfrage, die er bei deutschen Sozialpolitikern über diese Frage veranstaltet hatte, die Antworten des Grafen Posadowsky, des Professors Ernst Franke und des Professors Adolf Wagner bekannt gab.

Graf Posadowsky antwortete auf die an ihn gerichtete Anfrage, » . . . daß ich die Gewährung von Urlaub an Arbeiter, wie er tatsächlich in manchen Betrieben schon besteht, für sehr erwünscht halte, besonders in allen gesundheitsgefährlichen Betrieben. Ich meine, auch der Arbeiter sollte einmal im Jahre ohne Lohnverlust seine tägliche Arbeit unterbrechen dürfen, um neue Lebens- und Arbeitskraft zu sammeln und Freunde und Angehörige zu besuchen.«

Und der Herausgeber der »Sozialen Praxis«, Professor Ernst Franke, trat wie folgt für die Einführung von Arbeiterferien ein:

»Was nun meine persönliche Stellung zur Frage des Arbeiterurlaubs anbetrifft, so halte ich die Gewährung eines Urlaubs mit fortlaufender Lohnzahlung für alle gewerblichen Arbeiter, ebenso für die Privatangestellten für ein Gebot der Volksgesundheit und Menschlichkeit. Unbedingt notwendig ist Arbeiterurlaub in allen mit besonderen Gefahren und Beschwerden für Gesundheit und Leben verbundenen Betrieben. Aber auch wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, macht die Hast des modernen Arbeitsbetriebes und des modernen Lebens eine zeitweilige Ausspannung notwendig. Der Verlust an Arbeitszeit

und Arbeitslohn wird für den Unternehmer reichlich durch Erhöhung der Arbeitsfreude und körperliche Erfrischung wieder eingebracht. Der Arbeiter aber, der diese Erholungszeit richtig benutzt, wird ebenfalls reichem Gewinn an Leib und Seele davontragen. Selbstverständlich ist, daß überall mit dem Urlaub die Fortbezahlung des Lohnes verbunden sein muß. Daß die Erfahrungen mit dem Urlaub ganz vorwiegend günstige sind, darf als feststehende Tatsache bezeichnet werden.

Endlich sprach sich auch der dritte der genannten Sozialpolitiker, Professor Adolf Wagner, folgendermaßen für den Arbeiterurlaub aus:

»Prinzipiell scheint mir die Frage einer Berechtigung von Urlaubszeiten auch für die Handarbeiter bejaht werden zu müssen. Die Entwicklung der modernen Technik macht die Gewährung solcher Urlaubszeit, anders ausgedrückt, von 'Ferien', auch für solche Arbeiter ökonomisch immer mehr möglich, und ist sie nur eine der Forderungen, deren Erfüllung erst die technische Entwicklung für große Volkskreise segensreich werden läßt.«

Auch zahlreiche Gewerbeaufsichtsbeamte treten für die Gewährung von Arbeiterferien ein. Sie heben dabei hauptsächlich die guten Erfahrungen hervor, die vereinzelte Betriebe ihres Bezirks, in denen derartige Ferien bereits eingeführt sind, gemacht haben. So wurden z. B. schon 1909 in dem Bericht für den Landpolizeibezirk Berlin folgende Ausführungen gemacht:

»Die Erfolge der Beurlaubungen scheinen den Erwartungen vollauf entsprechen zu haben. Die wenn auch oft nur kurze Unterbrechung der unter eigenartigen Verhältnissen sich abspielenden großstädtischen Arbeitsweise übt auch auf den Arbeiter einen heilsamen Einfluß aus. Neben der gesundheitlichen Stärkung ist die geistige Auffrischung nicht hoch genug anzuschlagen. Das Leben unter veränderten Verhältnissen und der Verkehr mit andern Menschen frischen die geistige Spannkraft auf und heben die Schaffensfreudigkeit. Nach Rückkehr vom Urlaub sind die Arbeiter nach den Bekundungen der Arbeitgeber nicht nur leistungsfähiger, sondern auch geistig reger und gehen ihrem Berufe freudiger nach. Ferner ist beobachtet worden, daß in denjenigen Betrieben, die ihren Arbeitern Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewähren, der Arbeiterwechsel merklich nachgelassen hat. Auch scheinen die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber dadurch günstig beeinflusst zu werden. Die bisherigen guten Erfahrungen, die mit der Urlaubsbewilligung gemacht worden sind, lassen hoffen, daß die erst in den Anfängen befindliche, immerhin schon über das Versuchsstadium hinausgelangte Bewegung weiter fortschreiten und sich auf alle Industriezweige ausdehnen wird.«

In demselben Sinne äußerten sich die Jahresberichte der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten 1908 und 1909:

»Die gute Wirkung eines Sommerurlaubs für die Arbeiter tritt allseits offenkundig zu Tage; in Fabriken, die diese Einrichtung schon längere Zeit getroffen haben, möchten weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer dieselbe mehr missen.« (1908.) »Wo Urlaub eingeführt ist, hat er nur gute Erfolge gehabt: gesundheitliche Stärkung, zugleich geistige Auffrischung, Erhöhung der Spannkraft und der Arbeitsfreudigkeit.« (1909.)

Und auch die Jahresberichte der elsäß-lothringischen Gewerbeaufsichtsbeamten heben ausdrücklich hervor, »... daß der regelmäßige Urlaub das billigste, rationellste Mittel ist, um Arbeiter bei voller Leistung, Frische und Lebensfreudigkeit zu erhalten; es liegt im Interesse des Unternehmers, der Wert auf dauernde, tüchtige Arbeitskräfte legt.«

Alle diese Stimmen der Wissenschaft und der Praxis reden eine deutliche und eindringliche Sprache. Sie zeigen vor allen Dingen auch, daß die Einführung von Arbeiterferien

nicht nur im Interesse des einzelnen Arbeiters und der ganzen Volksgesundheit liegt, sondern hauptsächlich auch im Interesse des Unternehmers. Das wird besonders von Professor Franke und in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten, in denen die bisherigen Erfahrungen mit der Ferieneinführung objektiv niedergelegt sind, ausdrücklich hervorgehoben. Und in diesem wohlverstandenen eigenen Interesse haben bisher alle diejenigen Unternehmer gehandelt, die in ihren Betrieben Ferien eingeführt haben. Sie sind nicht schlecht dabei gefahren. Und da in diesem Falle auch die Arbeiter einen Vorteil davon hatten, bliebe nur zu wünschen, daß die Zahl der Unternehmer, die begreifen, daß sie mit der Ferieneinführung besonders ihre eigenen Vorteile wahrnehmen, immer größer und größer werde.

Die Arbeiter selbst aber müssen durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen ständig für die Anerkennung einer alljährlichen Erholungszeit unter Fortzahlung des Lohnes eintreten. Sie wirken dadurch nicht nur für die Erhaltung ihrer eigenen Gesundheit, für die ständige Auffrischung ihrer Arbeitskraft und für die Verlängerung ihrer Lebensdauer, sondern auch gleichzeitig für die Hebung der Volksgesundheit und für die Förderung der Menschheitskultur.

## Rundschau.

**Die Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf**, die der Schutzverband zur Versicherung seiner getreuen Schäflein ausersehen hatte und mit der er unsern Verbands ein für alle mal das Wasser abzugraben hoffte, hat aufgehört zu sein. Im Juni 1910 wurde sie gegründet und schon im Juni 1913 wurde ihre Liquidation beschlossen. Was war ihr Zweck? Politisierung der Lebensversicherung zwecks Bekämpfung der Gewerkschaften und der gesamten modernen Arbeiterbewegung. Die gesamte reaktionäre Presse schlug mit dem üblichen »nationalen« Tamtam die Werbetrömel für die Scharfmachergründung. Aber alles war umsonst! Der Zusammbruch war nicht aufzuhalten. Der Organisationsfonds der Vereinsbank, der von den Gründern gesteuert worden war, betrug Ende 1909 419306 Mk., Ende 1910 312131 Mk., Ende 1911 219077 Mk. Alljährlich wurden demnach 100000 Mk. verpulvert, ohne die erhoffte Wirkung zu erzielen. Trotz aller Opfer, die gebracht wurden, trotzdem einige Großindustrielle ihren Arbeitern sogar Policen der Bank schenken und die Prämien für sie bezahlen wollten, ließen sich die Arbeiter nicht ködern. Ende 1911 hatte die Vereinsversicherungsbank nur einen Versicherungsbestand von 13,2 Millionen Mark, darunter die lächerlich geringe Summe von 3,5 Millionen Mark auf Volksversicherungen. Im Jahre 1912 wird wohl der Rest des Organisationsfonds draufgegangen sein, und um zu verhüten, daß nicht schließlich das Aktienkapital angegriffen wird, mußte die Liquidation erfolgen. Wir drücken dem Scharfmacherunternehmen zu dem traurigen Ende seines Wechselbalgs, der einmal die Gewerkschaftsbewegung bezwingen sollte wie weiland St. Georg den Drachen, unser tiefgefühltes Beileid aus.

Zur Gründung eines graphischen Industrieverbandes sollte sich der Verbandstag der Buchdrucker, wie wir im Leitartikel der »Gr. Pr.« Nr. 23 auf Grund der Berichte der Arbeiterzeitung geschrieben, überhaupt nicht geäußert haben. Aus den Berichten des »Korrespondent« geht jedoch hervor, daß die Angelegenheit nicht ganz unerwähnt blieb. Und zwar heißt es in dem Bericht über den 6. Verhandlungstag: »Eine kurze Aussprache ergibt sich sodann noch über einen Antrag auf Gründung eines graphischen Industrieverbandes. Döblin stellt fest, daß unser Standpunkt zu dieser Frage auf der Generalsammlung in Hannover präzisiert wurde. Wenn andere Organisationen sich darüber Vorträge halten lassen, so sei das ihre Sache und für uns ohne Bedeutung; aus sei man ja nicht verpflichtet, solche Versammlungen zu besuchen, die ohne unser Einverständnis zur Erörterung dieser Frage von Außenstehenden einberufen werden, wie dies von einem Vertreter des Lithographen- und Steindruckerverbandes in München geschehen sei.« — Wir beschränken uns auf die Wiedergabe dieses Satzes. Die Schlüsse aus der klaren und deutlichen Ablehnung des Industrieverbandesgedankens durch die Generalsammlung der Buchdrucker wird unser Stuttgarter Verbandstag ziehen.

Ein graphisches Museum soll in Prag errichtet werden. Die »Zeitschrift« meldet darüber, daß es nach dem ausdrücklichen Wunsche des Stifthers, eines böhmischen Großindustriellen, dessen Name nicht genannt wird, eine großzügig angelegte Anstalt nach dem Muster des berühmten Antwerpener Platin-Museums werden soll. Es wird in

einem für diesen Zweck angekauften Gebäude untergebracht werden. Bedeutende Sammlungen böhmischen, deutschen, französischen und englischen Ursprungs harrn bereits ihrer Unterbringung. Der Stifter stellt auch genügendes Kapital zur Verfügung.

**Der Arbeitsmarkt im Mai** wird vom »Reichsarbeitsblatt« als im allgemeinen befriedigend bezeichnet. Zum Teil ist eine Verbesserung, teilweise aber auch eine Verschlechterung des Geschäftsganges gegenüber dem Vormonat eingetreten. Im Vergleich zum Mai 1912 scheint die Beschäftigung etwas weniger lebhaft gewesen zu sein. Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen am 1. Juni in Arbeit stehenden Mitglieder übertraf diejenige des 1. Mai um 12779. Nach den Berichten der Fachverbände waren im Mai d. J. 2,5 Proz. der Mitglieder arbeitslos, gegen 2,3 Proz. im Vormonat und 1,9 Proz. im Mai des Vorjahres. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise kamen im Mai 1913 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 166 Arbeitsgesuche, gegen 160 im April 1913 und 153 im Mai 1912; bei den weiblichen Personen waren die entsprechenden Ziffern 100, 96 und 97.

**Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe** stand nach den Mitteilungen des »Reichsarbeitsblattes« im Mai wie folgt:

Organisation	Mittgl. Zahl am Monatsende	Arbeitslos am Monatsende		Arbeitslose auf 100 Mitglieder		
		am Ori	auf der Reise	Mai 1913	Mai 1912	April 1913
Buchdrucker . . .	67400	1624	351	3,0	2,9	2,2
Buchbinder . . .	34110	954	72	3,0	2,9	3,0
Lithogr. u. Stndr.	16852	647	71	4,3	5,1	4,4
Druck.-Hilfsarb.	15791	269	15	1,9	2,1	2,2
Notenstecher . .	446	—	—	—	—	—
Xylographen . . .	421	9	—	2,3	3,0	4,6
Gutenbergbund.	3388	36	5	1,3	1,4	1,6
Christl. graph. Verband. . . .	2445	31	6	1,6	1,1	1,6

**Karl Weiser**, der Schauspieler und Dichter, der seit zwanzig Jahren als Spielleiter am Weimarer Hoftheater tätig war, ist im Alter von 65 Jahren in Weimar gestorben. Er stammte aus einer Schauspielerfamilie und wurde selbst wieder statt des Theologen, den man aus ihm machen wollte, Schauspieler. Aus seiner bunten Bühnenlaufbahn (er war auch in Berlin engagiert) ist besonders seine Teilnahme an den Gastspielen der Meininger zu erwähnen. Auch als Lyriker und Dramatiker hat er sich vielfach versucht; zu nennen sind seine satirischen Dramen »Das Mammut«, »Reineke Fuchs« sowie die Schauspiele »Rabbi David« und »Hutten«. Sein Vierdramenstück Jesus, worin er die christliche Legende rein menschlich behandelte, erregte vor einigen Jahren den Zorn der Bigotten und Staatskirchler. Die Zensur verbot jede Aufführung im Kulturlande Weimar, selbst als sich ein besonderer Verein für die Aufführung in Eisenach gebildet hatte. In Nr. 13 der »Gr. Pr.« haben wir die kraftvolle Weisersche Dichtung »Die Hekatoncheiren« veröffentlicht; sie zeigt, mit welchem Verständnis Weiser den proletarischen Befreiungskampf erfaßt hat und wie er ihm in dem Gedicht einen künstlerisch vollendeten Ausdruck gab.

**Der »Grundstein«**, das Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, konnte am 1. Juli auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Juli 1888 erschien seine erste Nummer. Als im Jahre 1891 der Zentralverband der Maurer gegründet wurde, machte man den »Grundstein« zum offiziellen Organ, das er dann fast 20 Jahre lang blieb, um 1911 bei Schaffung des Deutschen Bauarbeiterverbandes dessen Organ zu werden. In dieser Zeit hat der »Grundstein« dauernd für die Interessen der Maurer und der Bauarbeiter gewirkt. Während die erste Nummer die beschriebene Auflage von 4500 Exemplaren hatte, erschien die Jubiläumsummer in einer Auflage von 35800 Exemplaren. Diese Zahlen kennzeichnen so recht das gewaltige Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung in den letzten 25 Jahren.

## Soziale Monatsschau.

Berlin, den 7. Juli 1913.

Internationale Arbeiterschutzkonferenz. Unternehmerbelastung durch die Arbeiterversicherung. — Das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen. Die Hauptversammlung des Leipziger Arztkollegiums. Der 39. deutsche Arztag.

Die bereits in unserer Monatsschau vom 10. März 1913 (s. »Gr. Pr.« Nr. 11) erwähnte, vom schweizerischen Bundesrat im Januar d. J. an die europäischen Staaten gerichtete Anfrage wegen Veranstaltung einer neuen Konferenz über den internationalen Arbeiterschutz ist von den meisten Regierungen zustimmend beantwortet worden. Demnach hat der Bundesrat die Eröffnung der Konferenz in Bern auf den 15. September laufenden Jahres festgesetzt und an folgende Staaten Einladungen zur Teilnahme gerichtet: Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Rußland und Schweden. Gegenstand der Verhandlungen werden bilden die industrielle Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter und der Zehnstundentag für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter. — Ferner hat die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Be-

ratung von Grundsätzen für eine periodische Berichtserstattung über die Ausführung der Arbeiterschutzgesetze angeregt; dieser Vorschlag hat bei den damit befaßten Behörden eine günstige Aufnahme gefunden, und die Kommission wird vom Bundesrat auf den 11. September nach Bern einberufen werden.

Es ist erfreulich, daß die kleine Schweiz wieder die Initiative zu einer weiteren Förderung des Arbeiterschutzes auf internationalem Boden ergriffen hat. Das Unternehmertum, und nicht zuletzt die Scharfmacher in Deutschland, werden damit allerdings wieder gar nicht einverstanden sein. Ihnen ist jede entschiedene Sozialpolitik ein Greuel, weil sie daraus eine Schmälerung ihres Profits befürchten. Ganz ohne Grund! Die Internationale Vereinigung für Arbeiterversicherung hat die Frage untersucht, ob es richtig sei, daß die deutsche Industrie durch die Sozialpolitik übermäßig belastet sei und infolgedessen schließlich die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verlieren würde. Das Resultat dieser Erhebung hat nun Dr. Freund, der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin, etwa folgendermaßen zusammengefaßt: Handel, Gewerbe und Industrie haben während der Geltungszeit der Arbeiterversicherungsgesetze einen enormen Aufschwung erfahren und sind durch eine starke Krisis ungefährdet hindurchgegangen. Wenn natürlich für diesen Aufschwung auch viele andere Faktoren maßgebend sind, so steht doch fest, daß die Belastung durch die Arbeiterversicherung diesem Aufschwung nicht hinderlich gewesen ist, und daß die Belastung trotz der Krisis nicht zu einer Katastrophe geführt hat. Es ist unlegugbar, daß die Arbeiterversicherung die deutsche Arbeiterschaft gesunder und widerstandsfähiger gemacht hat, und daß dieser Faktor bei Beurteilung des industriellen Aufschwungs eine große Rolle spielen muß. Wenn tatsächlich die Unternehmer überlastet würden, dann würden sie auch nicht freiwillig für die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen so hohe Aufwendungen machen. Auch wird darauf hingewiesen, daß die Unternehmungslust sich unter der Herrschaft der Arbeiterversicherung in Deutschland freier und ungehinderter entfalten kann, weil der früher ganz unsichere Faktor bezüglich der Belastung der Betriebe durch Unfälle und Krankheiten der Arbeiter jetzt als sicherer Faktor bei der Kalkulation eingestellt werden kann. Und zum Schlusse wird sogar gesagt, daß die Belastung durch die Arbeiterversicherung, weit davon entfernt, die Entwicklung von Handel, Gewerbe und Industrie zu hindern, geeignet ist, dieser Entwicklung einen mächtigen Impuls zu geben. Diese Auffassung wird auch noch dadurch ganz auffallend bestätigt, daß ein deutscher Großindustrieller sich erst vor kurzem geäußert hat, es sei für die deutsche Industrie gar nicht erwünscht, daß für die Einführung der Arbeiterversicherung im Auslande Propaganda gemacht werde, weil durch die Arbeiterversicherung die ausländische Industrie gestärkt und konkurrenzfähiger gemacht werden würde. Da aber diese eine Schwalbe noch lange keinen Sommer macht, wird das deutsche Scharfmachertum auch fernerhin gegen jede Ausdehnung des Arbeiterschutzes und jeden Ausbau der Arbeiterversicherung mit den fadenscheinigsten Argumenten Sturm laufen.

Immer gespannter gestaltet sich das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen, auf das wir bereits in unserer Monatsschau vom 10. Februar 1913 (s. »Gr. Pr.« Nr. 7) eingegangen sind. Die dort erwähnten Musterverträge des Arztvereinsbundes sind nun auch erschienen. Daß sie die freie Arztwahl und die Bezahlung der ärztlichen Behandlung nach Einzelleistung fordern, dürfte nach dem Bisherigen nicht überraschen. Neu ist aber folgendes: Die Kassenmitglieder sollen in verschiedene Gruppen geteilt werden. Gruppe A umfaßt die Mitglieder mit weniger als 6 Mk. täglichem Arbeitslohn, Gruppe B alle übrigen versicherungspflichtigen Mitglieder, Gruppe C Mitglieder, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeschieden sind und die Versicherung freiwillig fortsetzen, Gruppe D diejenigen Mitglieder, die der Kasse freiwillig beigetreten sind. Für die Mitglieder der Gruppe A wird das Honorar nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung berechnet, ev. kann darauf ein Rabatt gewährt werden. Für Mitglieder der Gruppe B wird ein Zuschlag von 50 Proz. zu den Mindestsätzen der Gebührenordnung, bei der Gruppe C von 100 Prozent berechnet. Für die Mitglieder der Gruppe D sollen die Leistungen der Kasse satzungsgemäß auf Krankengeld ohne Krankenpflege beschränkt werden. Die ärztliche Versorgung dieser Mitglieder soll vom Verträge nicht erfaßt werden; sie soll nach freier Vereinbarung mit dem Arzte erfolgen. Das Honorar soll von der Kasse an den Arztverein gezahlt werden, der es an die einzelnen Ärzte verteilt. Wenn ausnahmsweise Pauschalzahlung zugelassen wird, so soll sie pro Jahr für das Einzelmitglied 5 Mk., aber für die ganze Familie 15 Mk. mindestens betragen. Wenn die Kasse bei Bezahlungen nach Einzelleistungen Rabatte verlangt, so muß sie nachweisen, daß sie trotz Erhebung der höchsten zulässigen Beträge nicht mehr als die gesetzlichen Mindestleistungen gewähren kann. Die Durchführung dieser Forderungen würde den Kassen geradezu unerschwingliche Lasten auferlegen. Die Krankenkassenverbände, die sich inzwischen mit ihnen beschäftigt haben, nämlich die im Königreich Sachsen und Anhalt, haben die Musterverträge für absolut unannehmbar erklärt. Es steht daher zu

erwarten, daß in den meisten Bezirken neue heftige Arztekongflikte entstehen.

Der Verband der Ärzte Deutschlands, die wirtschaftliche Kampforganisation der deutschen Ärzteschaft mit rund 25 000 Mitgliedern, bestreitet natürlich, daß die Forderungen für die Krankenkassen unerschwinglich sind. Am 3. Juli hielt dieser Verband in Elberfeld seine Hauptversammlung ab, die sich fast ausschließlich mit den Streitigkeiten zwischen Ärzten und Kassen befaßte. Sie wandte sich entschieden gegen das System der beamteten Ärzte, mit dessen Einführung verschiedene Kassen die unerfüllbaren Forderungen des Leipziger Arzteverbandes abzuwehren und zu verhindern suchen, daß die Interessen der hilfsbedürftigen Versicherten zum Vorteil der Ärzte in den Wind geschlagen werden. Es wurde beschlossen, den zum Teil angestellten Vertrauensärzten die Kündigung ihrer Stellen zu empfehlen und in Zukunft sollen solche Stellen nur noch mit Zustimmung der lokalen Arzteorganisation eingenommen werden dürfen.

Im unmittelbaren Anschluß an diese Tagung des Leipziger Verbandes fand am 4. und 5. Juli der 39. Arztekongreß statt, der ebenfalls ganz von dem Verhältnis zu den Krankenkassen, zu den Berufsgenossenschaften und den Reichsversicherungsanstalten beherrscht wurde. Der Vorsitzende Dippe meinte bezüglich der Kassenfrage: »Muß denn überhaupt gekämpft werden? Diese Frage möchte ich für meinen Teil laut und deutlich mit Nein beantworten. Es mußte gekämpft werden, aber es muß nicht mehr.« Weit weniger friedlich aber klang es aus dem Referat des Dr. Stresser-Leipzig. Nach seiner Anschauung haben — darin täuschen die von ihm gebrauchten Floskeln von einer Gleichberechtigung mit den Krankenkassen nicht — die Ärzte zu diktieren. Die Krankenkassen sollen allein mit der ärztlichen Organisation sich in Verbindung setzen. Unannehmbar sei es für die Ärzte, daß die Krankenkassen, ihrem Selbstverwaltungsrecht und dem Gesetz entsprechend, das System der kassenärztlichen Versorgung festsetzen. Alle Einigungsverhandlungen, die dies Recht der Krankenkassen nicht aufgeben, seien für die Ärzte unannehmbar. Sie dürften es auch nicht dulden, daß nicht approbierte Ärzte bei den Krankenkassen zugelassen würden. Vor Anwendung des Kampfesparagraphen (§ 370 der Reichsversicherungsordnung) schrecken die Ärzte nicht. Sie seien zum Krieg bis zum Äußersten gerüstet. — Am 1. Januar wird also die Arbeiterschaft auf einen Kampf der Ärzte des Leipziger Verbandes gegen die Krankenkassen gefaßt sein müssen. Letztere können sich dem Vorgehen der Ärzte nicht fügen, wenn sie sich nicht aus sozialen Institutionen zur Unterstützung kranker Proletarier und zur Pflege und Hebung der Gesundheit der Arbeiterklasse in Einrichtungen umwandeln wollen, die lediglich noch den Ärzten als ein Mittel zur Aufbesserung ihrer Einnahmen dienen. In dem drohenden Kampfe werden die Versicherten Mann für Mann hinter den Krankenkassen stehen.

## Die Reform der Volksversicherung durch die Volksfürsorge.

### I.

»Die Volksfürsorge will die Volksversicherung ihres kapitalistischen Erwerbscharakters entkleiden; sie will den Versicherten die Versicherung zum Selbstkostenpreise liefern.«

In diesen Worten ist das Programm der Volksfürsorge ausgesprochen; seine Durchführung erstreckt sich auf alle zur Lebensversicherung des Volks gehörenden Gebiete; die Reform kommt zum Ausdruck in dem gesamten Aufbau der Volksfürsorge, in den Arten der Versicherung, ihren Grundlagen und vor allem in den Versicherungsbedingungen.

Die Gründung erfolgte auf Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften. Aus Vertretern dieser Körperschaften werden paritätisch die Organe derselben, der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung gebildet. Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden nicht den geringsten materiellen Vorteil durch die Volksfürsorge haben; das Aktienkapital von 1 Million Mark ist durch die Vertreter der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen in bar eingezahlt worden. Die Verzinsung desselben ist durch den Gesellschaftsvertrag auf 4 Prozent beschränkt. Um das Aktienkapital in den ersten Jahren infolge der hohen Einrichtungskosten und durch etwaige Verluste aus anormaler Sterblichkeit nicht zu gefährden, ist von den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen ein unverzinslicher Organisationsfonds in bar in Höhe von 200 000 Mk. eingezahlt worden, welcher in demselben Maße zurückgezahlt wird, in dem der Reservefonds anwächst. Für Erfüllung der vertragsmäßigen Leistungen der Volksfürsorge ist dem Versicherten mithin jede nur denkbare Garantie geboten. Bei dem Charakter der Volksfürsorge ist es selbstverständlich, daß sie keine hohen Direktorenhälter, keine Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat und keine Dividenden an ihre Aktionäre zahlen wird.

Die Volksfürsorge ist ein gemeinnütziges Volksunternehmen; sie beschränkt sich nicht auf den Abschluß von Versicherungen in Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen; sie wird Versicherungen in

allen Kreisen der Bevölkerung, ob gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisiert oder nicht, abschließen.

Die Versicherungen der Volksfürsorge sind grundsätzlich nach zwei Arten geschieden: in Kapitalversicherungen mit festen Halbmontatsprämien und in Sparversicherungen, bei welchen der Versicherte einzahlen kann, wann, wo und wieviel er will und die Versicherungssumme entsprechend den geleisteten Einzahlungen wächst. Ergänzend zur Sparversicherung tritt die Risikoversicherung, bei welcher durch eine einmalige Jahresprämie oder Entrichtung derselben in 24 Halbmontatsraten eine bestimmte größere Summe von vornherein versichert werden kann.

Bei den Kapitalversicherungen sind die Versicherten am Gewinne der Volksfürsorge beteiligt. Der bilanzmäßig auf die einzelne Versicherung entfallende Gewinnanteil wird den Versicherten am Schlusse des nächsten nach dem Gewinnjahre beginnenden Versicherungsjahrs gutgeschrieben und mit 3 1/2 Proz. Zinseszins von der Gutschrift an mit der zuerst fälligen Versicherungsleistung ausgezahlt.

Da dem Jahresüberschusse lediglich die Summe zur Bildung des gesetzlichen Reservefonds, eines Kriegsreservefonds sowie 5 bis 10 Proz. zur Bildung besonderer Reserven und die Summe zur vierprozentigen Verzinsung des Aktienkapitals entnommen und aus demselben keine Tantiemen und Dividenden gezahlt werden, ist die Frage nach der Höhe der Prämien und der Versicherungssummen an sich belanglos. Jeder Versicherte ist an dem Ertrage des Unternehmens genau so beteiligt als ein Geschäftsinhaber an dem Ertrage seines eigenen Geschäfts. Aus dem Jahresüberschusse werden nur die Summen entnommen, die zur weiteren Entwicklung und zur Sicherheit des Geschäfts absolut notwendig sind; den gesamten verbleibenden Überschub erhalten die Versicherten.

Das Interesse der Volksfürsorge ist gleich dem Interesse des Versicherten; je mehr sich die Volksfürsorge entwickelt, desto größer der Jahresüberschub und desto höher der Gewinnanteil, der dem Versicherten alljährlich zu seiner Versicherungssumme gutgeschrieben wird.

Dieser grundsätzliche Unterschied der Volksfürsorge gegenüber der kapitalistischen Volksversicherung kann nicht scharf genug betont werden; wird er im Volke überall verstanden und gewürdigt, so wird die Volksfürsorge in jedem Versicherten einen Mitarbeiter haben, der in seinem eigenen Interesse unablässig neue Versicherungen für sie zu werben bestrebt sein wird.

Die Kapitalversicherungen sind bei der Volksfürsorge derart kalkuliert, daß mit ihrem längeren Bestehen ein fortgesetzt wachsender Gewinnanteil den Versicherten zugute kommen muß. Die Grundlage für die Berechnungen der Nettoprämien bildet die Volkssterbetafel von 1891 bis 1900. Da nach dieser Sterbetafel die Sterblichkeitsverhältnisse günstiger sind als nach den von den älteren Lebensversicherungsgesellschaften angewandten alten Sterbetafeln, sind die Prämien bei der Volksfürsorge niedriger resp. deren Versicherungssummen verhältnismäßig höher als bei den alten Gesellschaften.

Die Leistungen einer Versicherungsgesellschaft sind jedoch nicht allein nach der Höhe der in ihren Tarifen angegebenen Versicherungssummen zu beurteilen, sondern, wenn zu diesen, wie bei der Volksfürsorge, die Gewinnbeteiligung der Versicherten tritt, nach dem den Versicherten alljährlich aus dem Jahresüberschusse zugewiesenen Gewinnanteil; außerdem aber auch nach den Bestimmungen über den Verfall, den Rückkaufswert und die Umwandlung von Versicherungen.

Bei den Tarifen der Volksfürsorge kam es zunächst hauptsächlich darauf an, sie so zu gestalten, daß den Bedürfnissen der Versicherungsnehmer in ihren verschiedenartigsten Lebens- und Erwerbsverhältnissen Rechnung getragen wurde. Das ist dadurch erreicht, daß vermieden wurde, den Versicherungsnehmer, wie dies von anderen Gesellschaften geschieht, auf eine lange Periode, eventuell auf die ganze Zeit seines Lebens, zu binden.

Auch bei der reinen Todesfallversicherung (Tarif I) ist eine abgekürzte Prämienzahlung von längstens 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren vorgesehen. Der gleiche Grundsatz ist bei allen Tarifen gewahrt, bei der Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall (Tarif II), bei welchem das versicherte Kapital beim Tode, spätestens nach Ablauf von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren fällig wird, ebenso bei der abgekürzten Todesfallversicherung mit zehnjähriger Prämienzahlung (Tarif III). Das versicherte Kapital wird bei diesem Tarif beim Tode, spätestens mit vollendetem 65., 60., 55., 50., 45., 40. und 35. Lebensjahre fällig.

Bei der Kinderversicherung (Tarif IV) ist die Prämienzahlung ebenfalls auf eine kürzere Periode als bei anderen Gesellschaften, je nach dem Eintrittsalter von 0 bis 6 Jahren, auf 15 resp. 9 Jahre beschränkt.

Die Tarife für die Kapitalversicherungen mit festen Halbmontatsprämien bieten so mannigfache Variationen, daß ein Versicherungsnehmer auf Grund des Handbuchs, welches die Vertrauenspersonen der Volksfürsorge mit sich führen, in welchem die Gesamtarife nebst den dazu gehörigen Versicherungsbedingungen abgedruckt sind, unschwer den für seine oder die Verhältnisse seiner Familienan-

gehörigen geeigneten Tarif herausfinden wird. Dem Versicherungsnehmer ist auch unbenommen, gleichzeitig mehrere Versicherungen bei der Volksfürsorge einzugehen, z. B. eine Todesfallversicherung nach Tarif I und eine Todes- und Erlebensfallversicherung nach Tarif II. Eine Beschränkung tritt nur insofern ein, daß die Gesamtversicherungssumme auf Grund der Tarife I bis IV und Va (Risikoversicherung) 1500 Mk. nicht übersteigen darf.

Die Versicherungssumme von 1500 Mk. ist bekanntlich die höchstzulässige Versicherungssumme bei der sogenannten kleinen Lebens- oder Volksversicherung, bei welcher eine ärztliche Untersuchung nicht stattfindet. Über diese Summe hinaus kann bei der Volksfürsorge ein Versicherungsnehmer seine Versicherungssumme steigern, indem er zu einer Kapitalversicherung mit festen Halbmögensprämien eine Versicherung mit zwangloser Prämienzahlung nimmt (Tarif V, Sparversicherung). Der Höchstbetrag der Einzahlungen bei der Sparversicherung beträgt 60 Mk. in einem Jahre. Jede Einlage gilt als die Zahlung einer einmaligen Prämie und wird mit dem Alter des Versicherten entsprechenden Position des Tarifs kapitalisiert. Zu der Sparversicherung werden Marken im Werte von 10 und 50 Pf. verabfolgt; der Versicherte kann also je nach seinen Verhältnissen, wann immer es ihm möglich ist, Sparversicherungsmarken kaufen und in seine Prämienkarte einkleben.

Zur Gutschrift gelangen die auf einer Prämienkarte geklebten Marken erst dann, sobald sie einen Wert von mindestens 5 Mk. erlangt haben. Die Sparversicherung nach Tarif V ist eine Todes- und Erlebensfallversicherung. Die Versicherungssumme wird beim Tode, spätestens mit vollendetem 65., 60., 55., 50., 45., 40 und 35. Lebensjahre gezahlt. Tarif VI ist eine *Kindersparversicherung* in Verbindung mit einer Sparversicherung für die *Schuldenentlassung, Leistung der Militärpflicht* oder die *Befreiung der Aussteuer*.

Bei den Sparversicherungen und ebenfalls bei der Risikoversicherung ist eine *Gewinnbeteiligung vorläufig* nicht eingeführt. Diese Tarife sind mit ganz geringen Verwaltungskosten kalkuliert, so daß es, bevor nicht eine Erfahrung aus den Ergebnissen einiger Jahre vorliegt, bedenklich erscheint, bei den für die Versicherten äußerst günstigen Tarifpositionen ihnen einen Gewinn in Aussicht zu stellen. Steht sich durch die für jeden Tarif zu führende Spezialabrechnung heraus, daß dennoch ein Gewinn regelmäßig sicher ist, so wird auch bei diesen Tarifen die Gewinnbeteiligung der Versicherten eingeführt werden.

Die Sparversicherung ist in Deutschland nur von dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart geführt worden. Sie hat bisher wenig Anklang gefunden, obgleich das Sparversicherungssystem das denkbar beste ist. Der Grund für die ungenügende Entwicklung der Sparversicherung dürfte darin zu suchen sein, daß hinter der Stuttgarter Arbeiter-Sparversicherung nur kleine Vereine mit geringer Mitgliederzahl stehen, andererseits aber auch darin, daß bei den meisten Versicherungsnehmern das Bestreben obwaltet, für den Fall ihres Ablebens ihren Angehörigen von vornherein eine größere Versicherungssumme zu sichern. Aus diesem Grunde hat die Volksfürsorge in Verbindung mit der Sparversicherung die *Risikoversicherung* (Tarif Va) eingeführt. Die Volksfürsorge ist die erste Gesellschaft, welche eine Risikoversicherung in dieser Form eingeführt hat; sie folgt damit den Vorschlägen mehrerer Sozialreformer, welche wiederholt diese Versicherungsart empfohlen haben.

Die der Risikoversicherung zugrunde liegende Idee ist eine höchst einfache. Auch die Sterblichkeit der Menschen unterliegt, sofern es sich um Massen handelt, einer gewissen Gesetzmäßigkeit. Das wahrscheinliche Risiko, welches eine Gesellschaft bei Lebensversicherungen zu tragen hat, läßt sich für Personen gleichen Alters für ein Jahr feststellen. Die Volksfürsorge legt ihrer Risikoversicherung eine Periode von zehn Jahren zugrunde.

Die Risikoversicherung ist nur in Verbindung mit der Sparversicherung in der Art zulässig, daß der Versicherungsnehmer für jede Mark Sparversicherungsprämie, die er während der ersten zehn Jahre der Versicherung durchschnittlich jährlich zu zahlen beabsichtigt, die in dem Risikotarif verzeichnete Anfangsversicherungssumme zusätzlich der Versicherungssumme des Sparversicherungstarifs, einmal versichern kann. Die für die Zusatzversicherung zu zahlende einmalige Risikoprämie beträgt pro Mark der durchschnittlich jährlich für zehn Jahre zu zahlenden Sparversicherungsprämie 1,50 Mk. Die Risikoversicherung ist bei Beginn der Versicherung auf einmal oder in regelmäßigen Halbmögensraten im ersten Versicherungsjahre zu zahlen. Die zusätzlich versicherte Risikoversicherungssumme ermäßigt sich jährlich um den zehnten Teil und wird nur gezahlt, wenn der Tod nach Ablauf einer Karenzzeit von einem Jahr in den nächsten zehn Jahren eintritt; im ersten Versicherungsjahre werden nur die eingezahlten Prämien zurückgezahlt.

Risiko- und Sparversicherung ergänzen sich gegenseitig. Durch die Einzahlungen auf Sparversicherung steigt die Gesamtversicherungssumme trotz der zehnprozentigen Herabsetzung der Risikoversicherungssumme.

Vom versicherungstechnischen Standpunkte kann diese Kombination allen Versicherungsnehmern nur dringend empfohlen werden; sie ist mit so geringen

Unkosten belastet, daß sich eine günstigere Art von Versicherung nicht denken läßt.

Bezüglich des Aufbaues der Versicherungstarife ist die Verbindung von Risiko- und Sparversicherung die Hauptreform der Volksfürsorge; eine völlige Umgestaltung des Volksversicherungssystems hat die Volksfürsorge durch ihre Versicherungsbedingungen geschaffen.

Darüber Näheres im nächsten Artikel.

## Arbeiterferien.

Der Metallarbeiterverband hat eine verdienstvolle kleine Schrift (Verlag von Alexander Schilke, Stuttgart 1913) herausgegeben, die die Bedeutung von Arbeiterferien unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Metallindustrie schildert. Von der medizinischen und nationalökonomischen Wissenschaft und, wenn auch noch in recht bescheidenem Umfange, von Vertretern des Unternehmertums selbst wird neuerdings immer mehr die Notwendigkeit einer zeitweisen Unterbrechung der Arbeit auch für die Handarbeit anerkannt, deren Wichtigkeit für die geistige Arbeit ja niemals angezweifelt worden ist. Von Arbeitersseite selbst ist eine solche Forderung schon längst aufgestellt worden. Gerade die moderne Technik, die den Arbeiter zu einem Teilleder der Maschine herabgedrückt hat, die ihn zwingt, in ödem Einzelne unaufrichtig die gleiche Bewegung zu machen, durch die immer nur dieselben Muskel- und Nervengruppen beansprucht werden, die außerdem oft genug mit unerträglichem Lärm, Hitze, Einatmung giftiger Gase usw. verbunden ist, zermürbt die Gesundheit viel rascher und gründlicher als die frühere handwerkliche Produktionsweise, die zwar zeitweise eine größere Kraftanspannung vom Arbeiter verlangte, ihm aber viel mehr Abwechslung und dadurch Erholung bot und sich auch unter hygienisch einwandfreien Bedingungen vollzog.

Soll der Arbeiter im modernen Produktionsmechanismus arbeitsfähig bleiben, so muß ihm hin und wieder eine Zeit der Ausspannung gegönnt werden, in der sein Organismus seine Nerven sich erholen können. Auch vom Standpunkt des Unternehmers und der Gesellschaft lassen sich Arbeiterferien nur rechtfertigen. Heute werden von Krankenkassen und Invalidenversicherungsanstalten Unsummen für erkrankte und invalide Arbeiter ausgegeben. So betragen die von den Krankenkassen im Jahre 1910 gemachten Aufwendungen für 5772388 Erkrankte 357 Millionen Mark, während auf Grund der Invaliden- und Altersversicherungsgesetze an 1152985 Personen 187 Millionen Mark ausgegeben wurden. Diese Riesensummen könnten wesentlich vermindert werden, wenn durch Gewährung von Erholungsurlauben die Gesundheit der Arbeiter gesondert und manche Krankheiten überhaupt am Entstehen verhindert würden. Auch dem Unternehmertum werden sich die hierdurch entstehenden Lohnausfälle sowie die Kosten für Zuschüsse durch vermehrte Leistungsfähigkeit der Arbeiter bald bezahlt machen.

Leider ist diese Einsicht in Unternehmerkreisen, wie schon oben erwähnt, noch recht schwach verbreitet, wie eine im Jahre 1910 vom Zentralverband deutscher Industrieller veranstaltete Umfrage unter seinen Mitgliedern beweist. Fast die Hälfte der auf die Frage antwortenden Unternehmer erwiderten kurz, daß in ihren Betrieben Urlaubsarrangements nicht beständen. Von den übrigen, die größere Hälfte ausmachenden Eingängen war etwa ein Drittel in mehr oder weniger gegnerischem Sinne gehalten, während die anderen zwei Drittel (also von der Gesamtheit ein Drittel) von Urlaubsarrangements oder von der Absicht ihrer Einführung berichteten. Es ist begreiflich, daß der Bericht die gemachten Erfahrungen in erster Linie vom Standpunkt des Unternehmers aus betrachtet. So wird berichtet, daß mehrere Betriebe in der Großindustrie Urlaubsarrangements geschaffen haben, die sich an Erholungsheime in landschaftlich schönen Gegenden knüpfen. In diesen Heimen finden 30 bis 50 Arbeiter zugleich Aufnahme, wobei die der Erholung bedürftigsten und außerdem die älteren Arbeiter je nach Verdienst und Würdigkeit bevorzugt werden. Die hiermit gemachten Erfahrungen sollen günstig sein, indem es manchen Betrieben gelungen ist, sich einen Stamm von hunderten, ja tausenden von Arbeitern heranzuziehen, die 10 Jahre und weit länger in demselben Werk gearbeitet haben. Von den Gegnern der Arbeiterurlaube wird als wesentlicher Grund angeführt, daß eine obligatorische Einführung mit den Betriebsverhältnissen nicht in Einklang zu bringen und in Rücksicht auf die hohe sozialpolitische Belastung der Betriebe nicht durchzuführen sei. Die Broschüre des Metallarbeiterverbandes führt treffend gegen diese letzte Behauptung die in den Jahren 1905 bis 1910 von 93 Aktiengesellschaften der Schwerindustrie erzielten Gewinne an, die sich zwischen 16,3 und 10,7 Proz. des Aktienkapitals bewegen und im Durchschnitt 13,4 Proz. betragen. Die allgemeine Einführung von Arbeiterferien in diesen Betrieben würde eine Herabdrückung der Dividende um noch nicht 2 Proz. nach sich ziehen, wenn die entstehenden Unkosten nicht durch bessere Leistungen ausgeglichen werden würden.

Der Bericht wendet sich sodann den speziellen Verhältnissen in der Metallindustrie zu und stützt

sich hierbei auf zwei vom Metallarbeiterverband veranstaltete Erhebungen aus den Jahren 1908 und 1912. Sie lassen deutlich einen Fortschritt erkennen. Im Jahre 1908 wurden 138 Ferien gewährend Betriebe gezählt, die zusammen 75591 Arbeiter beschäftigten, von denen 13579 = 17,9 Proz. im vorhergehenden Jahre Urlaub bekommen hatten.

Bei der Erhebung von 1912 wurden 389 Betriebe festgestellt, die Ferien gewähren, in denen 233927 Arbeiter beschäftigt waren. Davon kamen 233029 für die Feriengewährung überhaupt in Betracht, und von diesen hatten wiederum 34257 = 14,1 Proz. im Jahre 1912 tatsächlich Ferien erhalten. Verschiedene Arbeitergruppen sind nämlich von vornherein von der Urlaubsbewährung ausgeschlossen. Ein Vergleich mit sämtlichen vorhandenen Betrieben in der Metallindustrie ergibt folgendes Bild: Von je 100 Betrieben gewähren 0,34 Ferien. Es sind dies im allgemeinen die größten Betriebe, was daraus hervorgeht, daß von je 100 in sämtlichen Betrieben beschäftigten Personen 12,15 in Genuß von Ferien gelangen können, während 1,79 tatsächlich im letzten Jahre ihre Ferien erhielten. Also noch nicht der fünfzigste Teil aller Metallarbeiter hat gegenwärtig das Glück eines regelrechten Ferienurlaubs.

Welcher Art ist nun dieser Urlaub? Was zunächst die Bedingungen zur Erlangung von Ferien anbelangt, so ist in 367 = 94,3 Proz. der in Frage kommenden Betriebe, die Feriengewährung von einer mehr oder minder langen ununterbrochenen Beschäftigung abhängig. Nur in 22 Betrieben mit 5328 Arbeitern ist auf eine Karenzzeit verzichtet. Eine Karenzzeit von 1/4 bis 1 Jahr finden wir in 116 Betrieben = 29,8 Proz. mit 7940 beschäftigten Arbeitern. Der wichtigste dieser Betriebe, der zugleich einer der ersten war, der überhaupt die Urlaubsbewährung einführt, ist die bekannte Firma Zeiß in Jena, die 3384 Arbeiter beschäftigt, von denen 1912 2256 = 66,7 Proz. in den Genuß von Ferien kamen. Leider besteht auch hier noch eine Einschränkung, insofern unter 20 Jahre alte Arbeiter keine Ferien erhalten. Für 37 Betriebe = 9,4 Proz. mit 8558 Arbeitern besteht eine Karenzzeit von 1-2 Jahren, für 35 Betriebe mit 5250 Arbeitern eine solche von 2-3 Jahren, für 54 Betriebe mit 23589 Arbeitern eine solche von 3-5 Jahren und für 84 Betriebe mit 140209 Arbeitern gar eine solche von 5-10 Jahren. Die große Mehrheit aller in Betracht kommenden Arbeiter muß also über 5 Jahre warten, bis sie in den Genuß von Ferien gelangt. Und in 35 Betrieben mit 38519 Beschäftigten verlangt man sogar, daß der Arbeiter 15 Jahre bis hinauf zu 25 Jahren sich in dem betreffenden Betrieb abgeduldet hat, ehe man ihm zum ersten Male die Wohlthat einer Erholungspause gestattet. Das ist schon mehr ein Hohn auf den sozialpolitischen Fortschritt.

Nicht sehr viel erfreulicher sind die Angaben über die Dauer der Ferien. Wenn nach einem Ausspruch von Dr. med. Alfons Fischer Ferien mindestens eine Woche dauern müssen, sofern sie überhaupt den Zweck einer seelischen und körperlichen Erfrischung erreißen sollen, so hat der größere Teil der in Frage kommenden Arbeiter, wenn er nach längerer oder kürzerer Wartezeit in den Genuß von Ferien kommt, zunächst mit einer solchen Erholung nicht zu rechnen. Für 56,0 Proz. der Beschäftigten beträgt die Anfangsdauer der Ferien weniger als 6 Tage; da unter befinden sich 0,78 Proz. (1826 Personen), die sogar nur einen Tag »Ferien« erhalten, 36,0 Proz. erhalten 6 Tage; der Rest mehr bis hinauf zu 14 Tagen. In den meisten Betrieben steigen die Ferien mit der längeren Beschäftigungsdauer an. Die Höchstdauer der Ferien betrug demnach für die allermeisten Beschäftigten (72,5 Proz.) 6 Tage; für 10,9 Proz. war eine kürzere, für 16,5 Proz. eine längere Dauer, die aber im Höchstsfall 14 Tage nicht überschritt, vorgesehen.

In der Mehrzahl der Betriebe (60,9 Proz.) wurde während der Ferienzeit der bisherige Verdienst im Betrieb fortgezahlt. 36,5 Proz. zahlen den bisherigen Durchschnittsatz im Betriebe oder eine Pauschale; 2,6 Proz. gewähren weniger als den üblichen Zeit- oder Akkordlohn, während 3,9 Proz. zu diesem noch einen Extrazuschuß gewähren. In 22 Betrieben mit 23078 beschäftigten Arbeitern bestehen sogenannte Wohlfahrtsarrangements für Ferienzwecke. Meist handelt es sich um Feriensparkassen, zu denen die Arbeiter Beiträge zahlen müssen. Die Auergesellschaft in Berlin sendet alljährlich 300 Arbeiter nach dem Seebade Misdroy. Auch Stiftungen bestehen, so die Julius-Gamb-Stiftung bei der Firma Benz & Cie. in Mannheim, aus der alljährlich 100 Arbeitern die Mittel zu einem 14-tägigen Ferienurlaub gewährt werden.

Das alles sind noch recht bescheidene Anfänge. Weit besser als in den kapitalistischen Betrieben sieht übrigens die Ferienfrage in den genossenschaftlichen, die aber für diese Branche nicht in Betracht kommen. Sie zeigen eine geradezu vorbildliche Entwicklung des Urlaubswesens, die von den Arbeitern bei ihrem Kampfe um Erholungsferien sehr wohl als Waffe benutzt werden kann. Immerhin lassen die hier angeführten Tatsachen erkennen, daß auch im Unternehmertum, zum Teil freilich nur unter dem Drucke der Arbeiterschaft sich eine langsam wachsende Einsicht in die Notwendigkeit auch einer »Menschenökonomie« herauszubilden beginnt.



# Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

## Rückblick auf die Verbände des graphischen Gewerbes 1912.

Die wirtschaftliche Lage in diesem Gewerbe war nicht einheitlich. Während aus dem Buchdruckgewerbe über eine relativ gute Beschäftigung berichtet wird, wollen die Klagen im Steindruckgewerbe nicht verstummen.

Nach dem Abschluß des großen Kampfes der Lithographen und Steindrucker Ende Januar 1912 dauerte es noch mehrere Wochen, in einzelnen Orten sogar Monate, bevor die Beschäftigung wieder ihren normalen Gang aufnahm. Die Unternehmer schrieben noch nachträglich den Arbeitern die Schuld in die Schuhe, weil durch den »Streik« die Jahresmuster nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten und dadurch der Absatz ungünstig beeinflusst wurde. Die Wortführer der Unternehmer vergessen aber dabei mitzuteilen, daß zu dem Streik der Gehilfen in Leipzig und einigen anderen Städten die Aussperrung in den anderen Orten kam. Soweit also die viermonatige Arbeitseinstellung, die erst im Januar 1912 ihr Ende erreichte, den Geschäftsgang des Berichtsjahres ungünstig beeinflusste, so haben die Unternehmer dieses in hervorragendem Maße ihrer eigenen Organisation zu verdanken, die einen früheren Abschluß des Kampfes durch ihre Haltung nicht nur verhinderte, sondern ihm durch die Aussperrung auch einen größeren Umfang gab. Wichtiger aber als der Kampf für die Geschäftslage im Jahre 1912 scheinen uns die technischen Veränderungen im Produktionsprozeß des Gewerbes sowie die Modenschwankungen und nicht zuletzt die Gestaltung des Auslandsmarktes zu sein. Das deutsche Steindruckgewerbe ist das Opfer der deutschen Zollpolitik geworden, der Auslandsmarkt wird ihm immer mehr verschlossen und die Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt wird dadurch um so intensiver. Billige Massware findet zwar Absatz, aber zu ihrer Herstellung bedarf es technischer Änderungen, die das ganze Gewerbe umkrempeln. Der aus den kostbaren neuen Maschinen erwartete Nutzen tritt infolge der Konkurrenz im gewünschten Maße nicht ein, die Anschaffungskosten machen sich so schnell wie erhofft nicht bezahlt. Anstatt aber dieser kritischen Lage mit der Gehilfenschaft gemeinsam zu begegnen zu suchen, wenigstens soweit das möglich ist, lehnt der Schutzverband der Unternehmer solches Zusammengehen ab. Selbst sein eigenes Anerbieten nach dem damaligen Kampfe, die losen Vereinbarungen durch einen Zentraltarif zu ersetzen, ließ er kurz darauf wieder fallen, ohne plausible Gründe dafür anzuführen. Und doch könnte ein zentraler Tarifvertrag im Steindruckgewerbe sicherlich dazu beitragen, stabilere Verhältnisse zu schaffen. Die Schutzverbandsführer finden es aber zweckmäßiger, die großindustrielle Scharfmacherpolitik zu akzeptieren, anstatt eine friedliche Vertragspolitik zu verfolgen. Wir sind gewiß nicht Optimisten genug, um uns von einer solchen Vertragspolitik eine Bessergestaltung der Absatzverhältnisse im Steindruckgewerbe zu versprechen, allein sie würde eine gewisse Stabilität zu sichern vermögen, die auch den Arbeitern zum Vorteil gereichen könnte.

Über die organisatorische Entwicklung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker liegen uns keine Ziffern vor. (Die Schlussabrechnung für das IV. Quartal 1912 ist inzwischen erschienen. D. Red. d. »Gr. Pr.«) Wir müssen daher auf die später erscheinenden Statistiken hinweisen.

Eine ruhige imposante Entwicklung weist der Verband der Buchdrucker auf. Weder die Angriffe der Scharfmacher noch die »christlichen« Versuche, die Organisation der deutschen Buchdrucker zu zersplittern und gegen den Ansturm der Scharfmacher wehrlos zu machen, hat die

Entwicklung des Buchdruckerverbandes aufhalten können. Auch im Berichtsjahre stieg seine Mitgliederzahl von 64793 auf 67273. In dem einen Jahre allein hat demnach der Buchdruckerverband fast ebenso viel Mitglieder gewonnen als die »christliche« Zersplitterungsorganisation seit ihrem Bestehen.

Die Geschäftslage des Gewerbes war relativ günstig. Die Arbeitslosenziffern waren in der Regel geringer als im Vorjahre. Die Rentabilität der 92 Aktiengesellschaften erhöhte sich nach Calwer von 6,7 auf 6,9 Proz.; diese Ziffer ist jedoch für die Buchdruckereien nicht ausschlaggebend, weil in der Durchschnittsberechnung auch sonstige Gesellschaften der polygraphischen Gewerbe mit enthalten sind. Es wäre zweckmäßig, wenn Calwer seine Rentabilitätsziffern für die Gruppe Graphische Gewerbe spezialisieren würde, wie er das bei anderen Industriegruppen auch macht. Die großen Zeitungsunternehmen haben jedenfalls erheblich größere Reingewinne herausgewirtschaftet. Der Buchdrucker-»Korrespondent« nennt sogar Gesellschaften mit Bruttogewinnen von 40 bis 60 Proz. des Aktienkapitals. Demgegenüber ist es bezeichnend, daß die Opposition gegen die Tarifgemeinschaft wesentlich von den Zeitungsbesitzern getragen wird.

Die technische Entwicklung im Buchdruckgewerbe macht von Jahr zu Jahr rapide Fortschritte. Die Setzmaschine schien bereits an die Grenze höchster Vervollkommnung gelangt zu sein und schon werden neuere Verbesserungen berichtet, die noch mehr als bisher zur Brotlosmachung der Setzer beitragen können. Die Zusammenkoppelung der Setz- mit einer Schreibmaschine scheint das nächste Ziel der erfindungsreichen Techniker zu sein. Auf dem Gebiete der Druckmaschinen sind die Umwälzungen nicht minder großzügig. Daß sie auch hier auf die Einschränkung der Zahl beschäftigter Menschenhände hinauslaufen, versteht sich am Rande, aber die enormen Kapitalien, die diese Riesen der Maschinenbautechnik präsentieren, lassen ihre Bedienung durch weniger qualifizierte Arbeitskräfte nicht zu. Die komplizierte Maschinerie erfordert die aufmerksamste und ihrer Verantwortung sich voll auf bewußte Bedienung, was für die Position der Arbeiterorganisation nicht ohne Bedeutung ist.

Das Berichtsjahr war auch das erste Jahr des neuerevidierten Tarifs. Wie gewöhnlich war nach erfolgter Tarifrevision im Herbst 1911 eine scharfe Opposition gegen die Beschlüsse des Tarifausschusses entstanden. In der Gehilfenschaft wurden die Konzessionen beklämpft, die von den Gehilfenvertretern gegenüber der technischen Entwicklung gemacht werden mußten und die hinsichtlich der Zeitungsmaschinen-setzer einer gewissen Rückwärtsrevidierung des Tarifs gleichkamen. Viel lebhafter war jedoch die Opposition im Unternehmerlager, wo Tendenzen sich bemerkbar machten, die nur eine Besetzung des ganzen Tarifwerkes zum Ziel haben können. Es folgten auf diese Opposition jene Beschlüsse im Unternehmerlager, die die Ansammlung eines Kriegsfonds bezwecken und bereits zu Auseinandersetzungen im Tarifausschusse geführt haben. Trotz dieser Vorgänge kann festgestellt werden, daß die Tarifgemeinschaft auch im Berichtsjahre eine weitere Ausbreitung gefunden hat. In folgender Tabelle wird ihre fortschreitende Ausbreitung seit 1897, dem Beginn der neuen Tarifperiode im Buchdruckgewerbe zahlenmäßig nachgewiesen:

1897:	1631	tariftr. Firm. u.	18340	Geh. in	469	Orten
1898:	2030	"	"	22468	"	647
1899:	2704	"	"	27449	"	880
1900:	3115	"	"	30630	"	1002
1901:	3372	"	"	34307	"	1030
1902:	3464	"	"	36527	"	1043
1903:	4250	"	"	39464	"	1315
1904:	4559	"	"	41483	"	1382
1905:	5134	"	"	45868	"	1552
1906:	5583	"	"	49497	"	1659
1907:	6254	"	"	54553	"	1803
1908:	6611	"	"	57211	"	1942
1909:	6971	"	"	59352	"	2007
1910:	7301	"	"	61627	"	2093
1911:	7659	"	"	63062	"	2158
1912:	8051	"	"	66976	"	2242

Der Tarifrevision ist demnach eine noch forciertere Ausbreitung des Vertrags als in der letzten Tarifperiode gefolgt.

Die finanzielle Entwicklung des Verbandes ist ebenfalls erfreulich. Die Jahreseinnahmen der Verbandskasse an Verbandsbeiträgen betragen 3487250 Mark, an Eintrittsgeldern 2411 Mk. und an Zinsen usw. 409005 Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Reiseunterstützung 227453 Mk., Arbeitslosenunterstützung 1151607 Mk., Umzugskosten 43700 Mk., Krankenunterstützung 906916 Mk., Invalidengeld 358614 Mk. und Sterbegeld 98174 Mk. Das Vermögen der Hauptkasse stieg von 8998458 Mk. auf 9768791 Mk.

Die Buchdruckereihilfsarbeiter haben seit Beginn des Berichtsjahres ihre Kollektivvertragsverhältnisse auf die gleiche Grundlage gestellt wie die Buchdrucker. Bis Ausgang 1911 waren die Verträge der Hilfsarbeiter zwischen den Organisationen vereinbart. Erst als die Verhandlungen über die »Allgemeinen Bestimmungen«, wie der zentrale Rahmen der lokalen Verträge genannt wurde, endgültig gescheitert waren, wurde mit Hilfe des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker eine Einigung auf einer neuen Grundlage erzielt. Das neue Vertragsverhältnis bezieht sich bis auf weiteres auf die Städte Berlin, Bremen, Halle a. S., Königsberg i. Pr., Magdeburg, Mannheim-Ludwigshafen, München, Nürnberg, Stuttgart, Straßburg i. Els., Darmstadt, Frankfurt a. M. und Kassel. Die anfangs im Verbands einsetzende Opposition wird bald einer ruhigeren Auffassung und es darf wohl die Erwartung ausgesprochen werden, daß bei künftigen Vertragsabschlüssen jene Vorgänge sich nicht wiederholen werden. Eine kühle Beurteilung der Dinge hat sich in schwierigen Situationen für die Arbeiter immer noch vorteilhafter erwiesen als Geschrei, dem keinerlei sachliche Motive zugrunde liegen. Einen Vorteil aus den damaligen Vorgängen haben nur die Gegner der Organisation gezogen. Die Mitgliederzahl hat im Berichtsjahre einen wenn auch kleinen Rückgang aufzuweisen, und zwar von 16965 auf 15586 Mitglieder. Die finanzielle Entwicklung scheint ebenfalls nicht ganz befriedigend zu sein. Die Einnahmen beliefen sich auf 409085 Mk., denen eine Gesamtausgabe von 351520 Mk. gegenübersteht. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 93602 Mk. verausgabt, für Krankenunterstützung 49819 Mk., Streiks 33900 Mk., Gemaßregelungenunterstützung 1836 Mk., Bildungsmittel 33551 Mk. und für Agitation 8370 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am Jahreschluß 268195 Mk., davon 100469 Mk. in der Hauptkasse. Die Tatsache, daß die Hauptkasse so viel schlechter gestellt ist als die Lokalkassen, kann nicht als eine glückliche angesehen werden. Es kann für die Verbandsaktion nicht förderlich sein, daß große Vermögen in den Filialen angesammelt werden, während die Fonds der Hauptkasse nur für die allerdringlichsten Ausgaben bemessen sind. Die großen Filialen müßten hier das Verbandsinteresse höher stellen als die Lokalinteressen, um eine stärkere Finanzierung der Hauptkasse zu ermöglichen, selbst auf Kosten der Lokalkassen.

Der *Notenstederverband* berichtet über ein arbeitsreiches Jahr mit guter Konjunktur, die der Tätigkeit des Verbandes sehr förderlich war. Erst gegen Ende des Jahres flaute die Geschäftslage ab, so daß die normale Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden täglich sich als noch zu lang erwies.

Am 31. März lief der bisherige Vertrag ab. In den mit den Unternehmern geführten Verhandlungen wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der bis zum 31. März 1915 Geltung haben soll und den Gehilfen eine Löhnerhöhung von 5 bis 6 Proz. gewährte. Die Arbeitszeit wurde für sämtliche Offizinen auf 8 1/2 Stunden festgesetzt und eine Regelung der Überstundenarbeit vorgenommen.

Die Mitgliederzahl blieb im Berichtsjahre unverändert (444). An Mitgliederbeiträgen verzeichnete die Hauptkasse 25450 Mk. Von

den Ausgaben entfielen auf Krankenunterstützung 7426 Mk. und auf Invaliden-, Witwen- und Waisengeld 9645 Mk. Das Vermögen der Hauptkasse stieg von 94421 Mk. auf 101511 Mk.

Im *Buchbindereigewerbe* wollen die Klagen über eine ungünstige Entwicklung nicht verstummen, obgleich manches davon übertrieben scheint. Die fabrikmäßig betriebene Großbuchbinderei klagt über die große Konkurrenz und den »ungesunden Wettbewerb« der Großbetriebe untereinander, während die handwerksmäßig betriebene Buchbinderei sich gegen die Konkurrenz der Großbuchbinderei wendet, die sich neuerdings auch auf handgearbeitete Kunstebände verlegt. Diese Widersprüche beruhen nun einmal in der technischen Entwicklung und können nur durch organisatorische Maßnahmen gemildert werden. Den industriellen Großbetrieb von der feineren Handarbeit fernzuhalten, wird aber auch auf organisatorischem Wege nicht gelingen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß der Großbetrieb die größeren Voraussetzungen auch auf diesem Gebiete hat. Im übrigen waren die Beschäftigungsverhältnisse in der Buchbinderei im Jahre 1912 als normal anzusehen, die Arbeitslosenziffer des Buchbinderverbandes erreichte nur im zweiten Quartal volle drei Prozent, während sie in den übrigen Quartalen niedriger war.

Der *Buchbinderverband* erhöhte seine Mitgliederzahl von 30755 auf 33428. Seine Jahreseinnahmen betrugen 940160 Mark, die Ausgaben 661405 Mark. Für Arbeitslosenunterstützung verausgabte der Verband 180746 Mk., Krankenunterstützung 91817 Mark, Streiks 71005 Mark, für Gemäßregelungenunterstützung 16288 Mark. Die Gesamtauagaben für Unterstützungs zwecke beliefen sich auf 390551 Mk. Dazu kommen u. a. für Bildungszwecke 40550 Mark, Agitation 20141 Mark usw. Das Verbandsvermögen war auf 1135076 Mark angewachsen.

(*Korrespondenzblatt*:  
Gewerkschaftliche Rückblicke.)

## Ferien für Arbeiter!

Fast wie eine Schicksalsironie kam es im Laufe der vergangenen Woche über mich, als mich erst ein Arbeitskollege (Lithograph) nördlich, und ein paar Tage später ein solcher (Steindrucker) südlich von meinem Domizil in meiner Klausur besuchte. Mit beiden Kollegen hatte ich vor mehr als einem Vierteljahrhundert zusammen gearbeitet. Beide Kollegen haben *Ferien*, echte, wirkliche, bezahlte Ferien und beide befanden sich auf Ferienreisen. Diese Glücklichen, beneidenswerten haben seit Jahren, was meine hiesigen Kollegen heute noch nicht haben, *Arbeiter-Ferien*. Beide Kollegen sind also in der glücklichen Lage, sich mehrere Tage in frischer Luft bewegen und die zauberhafte Stimmung des Waldes genießen zu können. Und weils ein Genuß ist das für einen Arbeiter, der immer Tag für Tag, jahraus, jahrein in der Fabrik arbeiten muß! Waldpoesie! —

Ja, wird man sagen, das können die Arbeiter ja jeden Sonntag haben! Das ist aber nur dann richtig, wenn mehrere »Sonntage« aufeinanderfolgen. Wenn man das drückende Bewußtsein hat, daß man den nächsten Tag schon wieder in die Treitmühle muß, kann keine richtige Stimmung, kein wirklicher Naturgenuß aufkommen. Daher brauchen wir *Arbeiterferien!*

Warum, fragen wir, kann denn das, was schon an manden Orten längst eingeführt ist, nicht *allgemein* eingeführt werden? Gerade in manchen Gegenden, wo schon so die wenigsten gesetzlichen und kirchlichen Feiertage sind, wären bezahlte Arbeiterferien eine dringende Notwendigkeit. Wenn z. B., wie dieses Jahr zu Pfingsten, die sogenannten »großen« Feiertage noch verregnen, so hat der Tag für Tag arbeitende Mensch eigentlich gar nichts, was ihn wenigstens einige Tage in den Genuß der Freiheit setzt, und wenn diese »Freiheit« auch nur ein schöner Traum ist.

Warum unsere Unternehmer in dieser Beziehung noch nicht so einsichtsvoll sind, allgemeine Arbeiterferien zu gewähren, ist uns eigentlich unerklärlich. Schon die Gewerbeinspektoren mancher Länder haben wiederholt auf die dringende *Notwendigkeit* von Arbeiterferien hingewiesen, aber alles hat bis jetzt halt mancherorts nichts geholfen. Vernünftige, einsichtsvolle Unternehmer müßten sich doch selbst sagen, wenn der Arbeiter einige Zeit ausspannen kann, geht er wieder mit frischem Mut an die Arbeit. Die Lebensfreude ist es doch, bei der die Arbeit munter gedeiht, die alle Arbeit erleichtert. Schrieb uns da einmal ein Kollege, der sich auf eigene Kosten Ferien geleistet hatte: »O du schöne, schöne, schöne Ferienzeit!« Wie müßte nun erst die Begeisterung sein, wenn

diese »schöne, schöne, schöne Ferienzeit« nicht hätte mit schweren Opfern erkauf werden müssen! Wirklich, wenn sich ein Unternehmer die Sache richtig überlegt, so muß er zu der Einsicht kommen, daß er nur klug handelt, wenn er in seinem Betriebe Arbeiterferien einführt. Möchten alle Unternehmer unseres Berufes recht bald zu dieser Einsicht kommen! S.

## Zur Generalversammlung.

XII.

Daß der von mir in Nr. 25 der »Gr. Pr.« gemachte Vorschlag den Widerspruch mancher Kollegen herausfordern würde, hatte ich erwartet; nur hätte Kollege L. meinen Artikel erst genau durchlesen und dann erst antworten sollen. Er vermißt in diesem Artikel die Gründe, die mich zu meinem Vorschlag veranlaßt haben. Hätte Kollege L. seine mir zugedachte Belehrung befolgt, erst darüber nachzudenken, ehe er etwas schreibt, so hätte er wohl auch gefunden, daß ich den Grund für meinen Vorschlag angegeben hätte. Ich schrieb wörtlich: »Daß der Kollegenschaft durch von ihr zu wählende Vertreter ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden muß, erscheint doch jedem als selbstverständlich. Ich bin sogar der Meinung, daß auch unser Hauptvorstand diesen Vorschlag nur freudig begrüßen kann. Denn durch diese Einrichtung werden doch Vorkommnisse, wie sie unsere letzte Bewegung zeitweilig hat, vermieden, da die Kollegen durch das ihnen eingeräumte Mitbestimmungsrecht auch die Verantwortung mit übernehmen.« Ich glaube, daß jeder Kollege diese Sätze als Begründung meines Vorschlages aufgefäßt hat, nur Kollege L. nicht.

Kollege L. stellt die Behauptung auf, daß mein Vorschlag widersinnig wäre, weil ich die Verbandsangestellten als nicht wählbar betradtete, dagegen die Kollegen, die auf politischem oder genossenschaftlichem Gebiet oder als Arbeitersekretäre angestellt sind, als wählbar betradtete würde. Das ist aber ein Irrtum des Kollegen L., der daraus entstanden ist, daß er meine Ausführungen nicht richtig gelesen hat. Ich betonte ausdrücklich, daß den im Berufe tätigen Kollegen die Majorität gesichert werden muß. Daraus ergibt sich von selbst, daß die für den Beirat zu wählenden Kollegen *beruflich* tätig sein müssen.

Wenn nun Kollege L. anführt, daß durch die Hinzuziehung der Angestellten mit beratender Stimme die zu große Körperschaft wieder erreicht wäre, so muß ich dem widersprechen. Hätten diese angestellten Kollegen beschließende Stimme, so würde die Körperschaft zu groß, denn dann müßten, um den beruflich tätigen Kollegen die Majorität zu sichern, entsprechend mehr Delegierte gewählt werden; so ist dies aber nicht nötig. Daß vorstehender Vorschlag den Ansehens erwecken soll, ich hätte das Gefühl, daß die nach meinem Vorschlag gewählte Körperschaft nicht die Erfahrung hat, um selbständig beschließen zu können, kann ich nicht finden. Denn die Angestellten im Hauptvorstande, die doch dieser Körperschaft angehören, haben wohl in ihrer langjährigen Tätigkeit auch einige Erfahrungen gesammelt. Oder sollte das nicht der Fall sein? Darüber kann uns wohl Kollege L. die beste Auskunft geben.

Wenn nun Kollege L. schreibt, daß ich so gnädig bin, den übrigen Angestellten auf Beschluß dieser Körperschaft beratende Stimme zu verleihen, so muß ich daran erinnern, daß unser Hauptvorstand 1912 dazu das Beispiel gegeben hat. (Vielleicht ist Kollege L. so lebenswürdig, mitzutellen, wann die Gauangestellten bei Verhandlungen über Bewegungen wie 1906 und 1911/12 mit beschließender Stimme zugezogen wurden; der Kollegenschaft ist davon nichts bekannt.) Als Anstoß für die Schaffung des Beirates ist auch ein Schritt des Hauptvorstandes maßgebend. Als im Jahre 1912 die Situation sich so gestaltete, daß ein Einlenken von unserer Seite notwendig wurde, berief der Hauptvorstand die Streikleiter verschiedener Orte zu einer Konferenz nach Berlin.

Nun sagt Kollege L. weiter, daß unsere Angestellten die engste Fühlung mit den Kollegen haben. Das möchte ich noch bezweifeln, sonst könnte dem Kollegen L. die seit der letzten Bewegung datierende Mißstimmung innerhalb unseres Kollegenkreises nicht entgangen sein.

Im übrigen waren meine Anregungen ja nur als solche zu betrachten, und ich bitte Kollegen L. wie alle übrigen Kollegen, wenn sie bessere Vorschläge haben, nicht damit hinter dem Berge zu halten, sondern sie in der »Gr. Pr.« zu veröffentlichen. Es ist jedenfalls kein Schade, wenn diese Frage reiflich diskutiert wird. W. N. E.

## Gautag in Hannover.

Auf dem Gautag des Gauess Hamburg-Hannover, der am 21. und 22. Juni in Hannover tagte, waren 19 Orte mit 1439 Mitgliedern durch 25 Abgeordnete vertreten. Den Hauptvorstand vertrat Kollege Lange aus Berlin und den Gauvorstand Kollege Ulrich aus Hamburg. Die Leitung der Verhandlungen hatten inne die Kollegen *Mittendorf* und *Meyer* als Vorsitzende und *Schneiter* als Schriftführer. Auf Antrag der Mitgliedschaft Bielefeld wurde die Besol-

dungsfrage unserer Verbandsangestellten als besonderer Beratungspunkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Bericht des Gauvorstandes lag schriftlich vor; er wurde durch den Kollegen *Ulrich* mündlich ergänzt. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliederbewegung im Gau in den letzten Jahren nicht aufwärts gegangen ist. Der Berichtsstatter führte diese Erscheinung auf die schlechte Arbeitskonjunktur im Berufe zurück, die viele Kollegen zum Berufswechsel zwang. Im Lehrlingswesen ist dagegen eine Besserung zu verzeichnen: Die Verschlechterung unserer Berufsverhältnisse hat eine Verringerung des Lehrlingszugangs zu unserm Berufe bewirkt. Der Firma Serong in Hörter, die uns in jeder Weise bekämpft und keine Verbände einstellt, wurde von der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine die Arbeit entzogen. Durch das verbandsfremde Vorgehen der Firma Serong müssen sich in ihrem Betriebe wirklich recht arge Zustände herausgebildet haben, denn kein Kollege, ganz gleich ob organisiert oder nichtorganisiert, nimmt gern in ihr Stellung. Die als Nichtverbänder in der Firma stehenden Kollegen drängen fortgesetzt den Verband, sie als Mitglieder aufzunehmen und in Hörter wieder eine Mitgliedschaft zu gründen.

In der Formstecherbewegung sind im Gau gute Erfolge erreicht worden, die aber leider nicht überall festgehalten werden konnten. Im Gauvorstande kam es zu Meinungsstreitigkeiten wegen der Bescheidung der Gaulteilerkonferenzen. Die Mehrheit im Gauvorstande war der Meinung, daß diese Konferenzen von einem im Berufe tätigen Kollegen besucht werden müßten und nicht von einem im Verbandsangehörigen. Der beamtete Gaulteiler hatte die entgegengesetzte Auffassung. In der Aussprache über den Bericht bemängelte ein Vertreter Lübeds, daß vom Gauvorstande zu wenig unternommen werde; besonders klagte er darüber, daß man eine Bewegung in Lübeck, die sehr aussichtsreich gewesen sei, habe fahren lassen. Über den Meinungsstreit im Gauvorstande kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Schließlich wurde die Aussprache über diese Angelegenheit abgebrochen und bis zur Beratung der entsprechenden Anträge vertagt. Von den Vertretern aus Braunschweig und Bramsche wurde sehr über die Heimarbeit bei den Formstechern geklagt und gewünscht, im Kampfe gegen dieses Übel eine klügere Taktik als bisher einzuschlagen. Der Osnabrücker Vertreter wies auf die haarsträubenden Verhältnisse im Lehrlingswesen bei den Formstechern hin. Die Lehrlingsfrage im Formstecherberufe sei vernachlässigt worden; ihre Regelung hätte sich bei der Bewegung im vorigen Jahre durchführen lassen. Nachdem der Kollege *Ulrich* in seinem Schlußworte verschiedenes berichtigt hatte, wurde der gesamte Gauvorstand entlastet.

Hierauf sprach Kollege *Ulrich* über die Lehren unsers letzten Kampfes und die Anstrengung eines industriearbeiterverbandes für das graphische Gewerbe. Er wies in seinem Vortrage, von dem gewaltigen Wachstum der Macht des Unternehmertums und dem Verlauf unsrer letzten Bewegung im Berufe ausgehend, auf folgende uns neu entstandenen Aufgaben hin: Ausbau unsrer Organisation durch eine kluge Sammlungs politik; Anwendung aller erfolgversprechenden Mittel, um die uns fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen; gewerkschaftliche Schulung unsrer Mitglieder; Herbeiführung einer durchgreifenden Änderung im Arbeitsplan des Hauptvorstandes und zwar dahingehend, daß eine Person im Hauptvorstande vollständig frei gemacht wird zur Führung der Kämpfe und Erledigung der rein gewerkschaftlichen Geschäfte. Zur Begründung dieser letzten Forderung führte der Kollege *Ulrich* an, daß infolge der veränderten Verhältnisse unser Verband heute nicht mehr so verwaltet werden könnte, wie es vor 20 Jahren vielleicht gut gewesen sei. Von ungelerten Berufen seien wir in der Lohnfrage schon lange überflügelt worden, darum müßte auch in der Sache des Industrieverbandes endlich einmal gehandelt werden; mit Resolutionen allein sei uns nicht mehr gedient. Die Buchdruckereientnehmer sorgten durch ihr Auftreten dafür, daß auch die Buchdruckergehilfen dem Gedanken des Zusammenschusses geneigter würden. Im Buchdruckgewerbe deuteten alle Zeichen auf große Ereignisse hin. Die Not treibe noch alle graphischen Verbände zum Zusammenschluß. Wir dürften mit der Verbindung aber nicht solange warten, bis uns die Not dazu treibt, denn dann sei es vielleicht zu spät. Mit der Aussprache über diesen Vortrag wurde die Beratung verschiedener damit zusammenhängender Anträge verbunden. Von Hannover und Hamburg lagen die Anträge vor, dem Hauptvorstande für die Erledigung wichtiger gewerkschaftlicher Angelegenheiten einen Beirat beizugesellen. Kollege Lange vom Hauptvorstand wandte sich scharf gegen diese Anträge. Kollege *Schneiter* trat ihm entgegen und wies die Hinfälligkeit seiner Einwendungen nach. Er führte aus, daß der Beirat die Aufgabe der bisherigen Gaulteilerkonferenzen, die keine rechtskräftige Einrichtung gewesen und vom Hauptvorstande nur nach Gutdünken einberufen worden seien, übernehmen sollte. Für die Einberufung der Gaulteilerkonferenzen hätte sich der Hauptvorstand weder auf das Statut noch auf einen rechtskräftigen, im Protokoll niedergelegten Generalversammlungsbeschuß stützen können. Die Gaulteilerkonferenzen, die bisher kein Recht der



eines starren Industrieleualismus, wie er in den industriellenverbänden vertreten wird. Als Belohnung sollen den sogenannten geistigen Arbeitern, deren ausgeprägter Individualismus sie an einem gewerkschaftlichen Zusammenschluß und an der Aufstellung von Forderungen bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hindert, Ferien verliehen werden. Den Arbeitern dagegen, die sich nicht schutzlos dem Kapital zu Ausbeutungszwecken zur Verfügung stellen, sondern ein wirkliches Mitspracherecht bei der Regelung des sie betreffenden Arbeitsvertrages verlangen, sind Ferien einfach zu versagen. Nur ein von solchen Voreingenommenheiten getriebener Blick kann ein so haarsträubendes »Gutachten« eingeben. Und nur wenn man den »Herrn-im-Hause«-Standpunkt des größten Teiles des Unternehmertums, besonders in der Großindustrie, in Rechnung stellt, läßt sich die Tatsache der oben angeführten gutachtlichen Äußerung begreifen.

Jeder Unbefangene wird jedoch zugeben müssen, daß der Arbeiter in der Werkstatt den Urlaub ebenso notwendig braucht wie der Büroarbeiter. Von den Krankheiten einzelner Organe, der Lungen, Augen usw. ganz abgesehen, läßt sich heute beispielsweise fast bei jedem Industriearbeiter eine Schädigung des Nervensystems feststellen. Selbstredend tragen hierbei die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse einen ganz erheblichen Teil der Schuld. Aber man braucht sich nur ein paar Minuten in einem Maschinenraum aufzuhalten, um zu begreifen, daß dieses ständige Getöse, die den ganzen Menschen anspannende Aufmerksamkeit bei der Bedienung der Maschinen, die den ganzen Raum erfüllenden Dünste von tausenderlei Materialien etc. einen ebenso unheilvollen Einfluß auf den Organismus des Handarbeiters ausüben, wie das fortgesetzte Grübeln oder Rechnen des Kopfarbeiters über Zeichnungen und Büchern. Und hat nicht die Maschine den Menschen selbst zur Maschine gemacht? Nicht allein den sie bedienenden Menschen, denn auch da, wo keine Maschine aus Stahl und Eisen steht, bestimmt sie den Arbeitsgang, das Arbeitstempo, sie macht die Arbeiter zu Maschinen aus

Fleisch und Blut. Sie hat das Treiben, die Körper und Geist zerrüttende Hast in den Verkehr, in die Produktion, in das ganze Wirtschaftssystem gebracht. Sie ist vor allen Dingen der Schrittmacher für den Handarbeiter geworden. Ob der Mensch als Zuarbeiter für die Maschine oder als ihr Konkurrent in Frage kommt, er wird von ihr getrieben, beherrscht. Ununterbrochen muß er Tag für Tag in jeder Minute seiner Arbeitszeit seine ganze Arbeitskraft aufs höchste anspannen. Auch der bestsitulierte Arbeiter muß in kurzer Zeit diesem ständigen Einsetzen seiner ganzen Person erliegen, wenn er nicht die notwendige Zeit zur Erholung hat. Wie sieht es aber mit dieser Erholung aus?

Die Entwicklung der größeren und Industrie-Orte weist immer mehr darauf hin, daß in den Städten selbst für den Arbeiter kein Platz zum Wohnen ist. Handels- und Industriestädten verdrängen die Wohnhäuser und verteuern die Mieten ins unerschwingliche. Die arbeitende Bevölkerung muß sich außerhalb der Städte ansiedeln. So vorteilhaft es aber an und für sich ist, möglichst weit weg von dem Gelärme der Stadt und den die Luft verpestenden Schloten der Fabriken zu wohnen, so wenig kommt jedoch der Arbeiter in den Genuss dieses Vorteils infolge der großen Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätte. Frühmorgens hastet er nach der Arbeitsstelle; abends hat er nach zurückgelegtem Heimwege grade noch Zeit, sein Essen zu sich zu nehmen, einen Blick in die Zeitung zu werfen und sich dann durch Schlaf für den kommenden Arbeitstag zu kräftigen. Zeit zum Ergehen in der Natur, zur Sammlung, zur Beruhigung der Nerven bleibt ihm blutwenig. Viel schlimmer sind natürlich die daran, die aus irgend welchen Gründen, seien es die schlechten Schulverhältnisse der Vororte, sei es die Mitarbeit der Frau usw. nicht aus der Stadt herausziehen können. Für schweres Geld hausen sie in der Stadt in Löchern von Wohnungen, die sich in Hinterhäusern, auf rauh- und rußgeschwärtzten Höfen befinden. Wer will darum bestreiten, daß der Werkstattarbeiter wie jeder andere mindestens einmal im Jahre ein paar Tage vollständige Ruhe braucht,

um seinen Organismus wenigstens einigermaßen wieder in Ordnung zu bringen. Nicht allein menschliche, auch staats- und wirtschaftspolitische Gründe sprechen für Arbeiterferien.

Auch in der Chemigraphie und im Kupferdruck sind die Zeiten, wo man gemächlich dahin arbeiten konnte, längst verschwunden. Die technischen Verbesserungen im Arbeitsprozeß, vor allen Dingen die Einführung des stummen Atzerkollegen, der Alzmaschine, und der Schnellpresse im Kupferdruck haben eine Beschleunigung des Arbeitsganges zur Folge gehabt, die sich seit Jahren in allen Sparten fühlbar macht. Die Intensität der Arbeit ist ganz bedeutend gestiegen. Das »Eilig« oder »Expres« auf Originalen und Lautzeiteln, das früher zu den Seltenheiten gehörte, ist heute Usus. Hygienische Einrichtungen beim Atzen, Stauben usw. können in der Übersättigung nicht benutzt werden; vielfach sind gar keine vorhanden. Schärfere Ätzmittel mit verstärkter Dunstentwicklung kommen zur Anwendung. Wo früher mit Ruhe und Überlegung gearbeitet werden konnte, wird jetzt mechanisch darauf los gewirtschaftet. Obendrein ist in einer großen Anzahl Firmen von einer regulären tariflichen Arbeitszeit keine Rede, denn Überstunden verschwanden nicht von der Tagesordnung, in mehr wie einer Beziehung kann man daher sagen, daß bei uns Ferien ihre volle Berechtigung haben, ja sogar eine Notwendigkeit sind. Dazu kommt noch, daß es jedenfalls selbst der eingangs erwähnten Handelskammer schwer fallen dürfte, in unserm Berufe die Grenze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zu ziehen.

**Vom Büchertisch.**

**Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands. Jahresbericht für 1912.** Herausgegeben vom Zentralvorstande des Verbandes. 272 Seiten 8<sup>o</sup>.

**Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands. Protokoll der Verhandlungen des IX. Verbandstages zu Berlin, 9. bis 15. März 1913.** Herausgegeben vom Zentralvorstande des Verbandes. 238 Seiten 8<sup>o</sup>, Preis 1 Mk.

**Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52.**

Wir suchen zur Assistenz unseres Druckerfaktors zum 1. Oktober d. J. einen tüchtigen

**Obermaschinenmeister**

der befähigt ist, den Maschinensaal einer großen Buchdruckerei selbständig zu leiten und den Druckerfaktor in jeder Beziehung zu vertreten. Bewerber müssen über umfassende Kenntnisse in Rotations-, Illustrations- und Farbendruck verfügen, die verschiedenen Systeme von Anlegeapparaten kennen und überhaupt alle für einen sehr vielseitigen Betrieb einschlägigen Kenntnisse besitzen.

Wir suchen ferner zur Assistenz unseres Druckerfaktors zum 1. Dezember d. J. einen tüchtigen

**Oberdrucker**

zur Leitung der Abteilung für Lithographie und Steindruckerei (Schnellpressen und Zinkrotation). Bewerber müssen selbständig kalkulieren und disponieren können und sämtliche Zweige der Branche auf das genaueste kennen.

Wir suchen zum 1. Oktober d. J. zur Assistenz unseres Setzerfaktors einen tüchtigen

**stellvertretenden Setzerfaktor**

der nicht nur in Akzidenz-, Werk- und Tabellensatz versiert ist, sondern auch die Setzmachines (5 Linotypes) genau kennt.

Wir suchen zum 1. Oktober d. J. zur Assistenz unseres Buchbinderfaktors für unsere modern eingerichtete Buchbinderlei einen tüchtigen

**Papierwarenfaktor**

der die einschlägigen Buchbinderarbeiten einer Buch- und Steindruckerei kalkulieren kann, gründliche Praxis besitzt, mit allen Hilfsmachines vertraut ist, sowie überhaupt den Buchbinderfaktor in jeder Beziehung vertreten kann.

Mit der Buchbinderlei ist ein Teil unserer Papierwarenfabrikation verknüpft; daher erhalten Buchbindermeister, welche auch Machines der Papierwarenbrennerei kennen, den Vorzug.

Wir suchen zum 1. Oktober d. J. für unseren Maschinensaal II - Holweg'sche Beutelmachines, Spitzlötenmachines F. & K. und W. & H., Unionmachines W. & H. - (sämtlich mit Druckwerken) einen tüchtigen

**Buchbindermeister**

der selbständig kalkulieren und disponieren kann und die ganze Papierwarenbrennerei auf das genaueste kennt.

Die Betriebe der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine werden zum 1. Januar 1914 in das neue Kontor-, Verwaltungs- und Betriebsgebäude der Verlagsgesellschaft, beim Strohhause 38-40 verlegt. Beschäftigt werden im Gesamtbetriebe 700-800 Personen. Die Stellungen der Faktoren und stellvertretenden Faktoren etc. sind Lebensstellungen. Durch die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Hauspensionskasse wird nach 10jähriger Beschäftigung eine Invaliden- bzw. Altersunterstützung von 50% des zuletzt bezogenen Gehaltes, steigend jährlich um 1% bis zu 75% garantiert. Auch wird eine entsprechende Witwen- und Waisenunterstützung (bis zu drei Viertel des Gehaltes des verstorbenen Gatten und Vaters) nach den Grundsätzen der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gewährt.

Sämtliche Bewerber müssen tüchtige Disponenten sein und es verstehen, ein großes Personal mit Takt und Energie zu leiten. Die Nachweisbefähigung zur Anleitung von Lehrlingen ist Bedingung.

Die Bewerbungen haben zu enthalten: Selbstgeschriebenen Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Referenzen, sowie die Angabe des Gehaltsanspruchs als Anfangsgehalt. Bei Zufriedenstellenden Leistungen finden jährlich Zulagen bis zu einem zu vereinbarenden Höchstgehalt statt.

Der Vorstand.

**Tüchtig. Photograph Bester lith. Ätzgrund**

für Strich und Auto, gesucht von E. Schreiber, G. m. b. H., Graphische Kunstanstalten, Stuttgart, Hadkstraße 77. [180]

Für unsere photographische Abteilung gesucht

**I. Photograph,** welcher in Farben und Schwarzautos durchaus bewandert ist. Köhler & Lippmann, Braunschweig.

Wegen Einziehung des jetzigen Inhabers zum Militärdienst (Ausländer) suchen wir einen

**Kopierer**

für Metall- und Steinkopien, feinste Arbeiten. Ausführliche Angebote an Krey & Sommerlad, 270 Niedersedlitz - Dresden.

Erstklassiger

**Farbenätzer,**

welcher auch nachschneidet, sowie auch schwarz und Duplex ätzt, in dauernde Stellung gesucht. Nur Herren, welche Gutes leisten und auf eine wirklich dauernde Stellung reflektieren, wollen Offerte einsenden an Conrad Schönhals, Breslau I. [300]

**Chiffer - Insetate**

Inden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme Die Expedition.

**Verschiedenes**

**Wollen Sie Ihr Inserat**

pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

**ADLER-FILM,**

das weißbleibende Tangierfilm mit Hoch-Relief. F. Trommer, Leipzig, Bülowstraße 8.

**Wischwalzen - Schläuche**

ohne Naht für Steindruck-Schnellpressen liefert

**Edmund Behnisch, Luckenwalde.**

Vertreter an allen größeren Plätzen. Ia. Zeugnisse.

(Kupferstechgrund, in Nápfen à Mk. 1.-) zum Auftragen mit dem Pinsel. Emil Peterle, Düren i. Rhld, Aahenerstraße 63.

**Roulett, Fadenstichel Fräser u.s.w.** In bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

**Graphische Fachklassen**  
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frel. Kunstgewerbeschule **Barmen**

**Fachliteratur.**

Der praktische Umrunder. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf. Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Scheuditz.**

Es gibt in feuchtem Umdruckpapier viel Konkurrenz, aber über das **Original grau feucht Lucka,** fachmännisch gepflegt, geht keine Konkurrenz, ebenso verhält es sich mit **Goldlack z. Bronzeunterdruck** kg 5 Mk. Radikal, Tonschutzmittel für Zink kg 3,50 Mk. Chromopasta, Tonschutzmittel f. Zink u. Steln kg 4 Mk. [195] Bestes Trockenstoffmittel per kg 3,50 Mk. H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

**Verbandsnachrichten**

Ersuche die Kollegen und Auskunftssteller mir die Adresse des Kollegen Positiv-Retusheur **Jacob Graf** aus Kaiserslautern, zul. in Harlem, umgehend mitzuteilen. [135] L. Wöhner, Nürnberg-Mögeldorf, Ziegenstraße 12.